

Die Deutschbalten: Ihre Einstellung zum Nationalsozialismus und ihr Verhältnis zum Staat Lettland (1933–1939)

von Inesis Feldmanis

Die Anfänge der Geschichte der Deutschbalten in Lettland sind ungefähr um 1200 zu suchen. In gewissem Sinne waren sie Nachfahren jener deutschen Ritter, die als Krieger, Kolonisatoren und Missionare ins Baltikum gekommen waren. Im Laufe der Jahrhunderte wurden die Deutschbalten jedoch zu einer eigenständigen lokalen Erscheinung und gleichzeitig zu einem wichtigen Faktor, der wesentlich, aber ebenso widersprüchlich und uneindeutig die Entwicklung des Geschichtsprozesses in Lettland beeinflusste. Zunächst bestimmten sie zwar die allgemeine kulturelle Situation und leisteten auch für die Ureinwohner, die Letten, eine enorme und sehr bedeutende kulturelle Arbeit. Zugleich bremsten die Deutschbalten, die über mehrere Jahrhunderte die politisch, wirtschaftlich und sozial führende Schicht bildeten, nicht selten den Verlauf bereits herangereifter sozio-ökonomischer, in späteren historischen Epochen auch national-politischer Entwicklungen. Häufig dominierten Konfrontationen, beiderseitiges Unverständnis und Intoleranz die Beziehungen zwischen Letten und Deutschen.

Nach dem Ersten Weltkrieg änderte sich die Situation der Deutschbalten grundlegend. Die Bildung eines lettischen (sowie eines estnischen) Nationalstaates leitete eine Schwächung ihrer politischen und wirtschaftlichen Stellung ein. Die Letten (wie auch die Esten) begannen ihr politisches und nationales Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten. Zahlreiche Maßnahmen dieser jungen Staaten richteten sich direkt gegen die Privilegien der Deutschbalten. Am härtesten wurden diese durch die Agrarreformen getroffen, welche ihre wirtschaftliche Macht auf dem Lande, die gleichzeitig auch die Grundlage ihres herausragenden politischen Einflusses war, vernichteten. So verlor das Deutschtum in Lettland z.B. als Resultat der Agrarreform 2,7 Mio. ha Land.¹

Ab 1920 veränderte sich die Rollenverteilung von Letten und Deutschen. Nun blieb den Deutschbalten nichts weiter übrig als zu versuchen, sich als nationale Minderheit zu beweisen. Dieser Status war für sie ungewohnt und fremd. Viele wollten sich damit nicht abfinden und verließen

¹ J. von Hehn, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen – das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte. Marburg a.d.L. 1984, S. 4.

die Heimat. Die Mehrheit blieb dennoch, in der Hoffnung, daß es gelingen würde, einen *modus vivendi* mit den Letten zu finden, denn einer ihrer Aktivposten bestand immerhin in der Teilnahme an den Kämpfen gegen die Sowjetmacht im Jahre 1919.²

Nach den Russen und Juden bildeten die Deutschbalten die drittgrößte nationale Minderheit in Lettland. Sie verstanden es, eine starke Stellung im Handel und in der Industrie Lettlands zu bewahren sowie sich einen spürbaren Einfluß im politischen Leben des Staates zu sichern. Im Unterschied zu den anderen nationalen Minderheiten bildeten sie während der parlamentarischen Jahre ein hervorragendes System politischer Organisationen aus, das ihnen die Möglichkeit gab, alle politischen Kräfte zu bündeln, um die Erfüllung der für die „Volksgruppe“³ wichtigen Aufgaben zu erreichen. Das wesentliche Element dieses Systems war der 1920 gegründete „Ausschuß deutsch-baltischer Parteien“. Außer den politischen Parteien vereinigte es auch die deutschbaltischen Wählerverbände, die in denjenigen Städten Lettlands gegründet worden waren, in denen zahlenmäßig große deutsche Gruppen lebten, jedoch keine nennenswerte Parteientätigkeit entfaltet worden war. Das Hauptziel des „Ausschusses der deutsch-baltischen Parteien“ war es, die Aktivität der ansässigen Deutschen und ein geschlossenes Vorgehen bei den Wahlen zur Saeima (Parlament) Lettlands sowie eine sachdienliche Bearbeitung aktueller politischer Angelegenheiten sicherzustellen.

Den Deutschbalten gelang es, mit jeweils fünf oder sechs Abgeordneten von 100 eine recht solide Vertretung in den Parlamenten aller vier Legislaturperioden zu erreichen. In Anbetracht ihres geringen Anteils an der Bevölkerung Lettlands (1925: 3,9%) war das ein überraschend gutes Ergebnis. Dagegen waren die anderen nationalen Minderheiten nicht einmal in der Lage, die Wahl einer ihrem Eigenanteil entsprechenden Zahl von Abgeordneten sicherzustellen. Eine Reihe von Umständen stellte die besonderen Erfolge der Deutschbalten bei den Wahlen sicher. Sie waren in ihrer Mehrzahl Stadtbewohner, außerdem besaßen sie das höchste Bildungs- und Kulturniveau, was ihre politische Aktivität stimulierte. Sie traten mit einer einzigen Liste an, und ihre Wahldisziplin war hoch. Schließlich nutzten die Deutschbalten auch die in Lettland bestehende Wahlordnung geschickt zu ihrem Vorteil.

² R. Rexheuser, Die Deutschbalten. Ein Überblick über ihre Geschichte. Lüneburg 1991 (Lüneburger Vorträge zur Geschichte Ostdeutschlands und der Deutschen in Osteuropa. 11.), S. 17.

³ „Volksgruppe“ wurde die deutsche nationale Minderheit in Lettland und anderswo in Quellen deutscher Provenienz genannt, um deren Zugehörigkeit zum deutschen Volk zu betonen.

Eines der Hauptziele der deutschbaltischen politischen Tätigkeit war die Sicherung einer kulturellen Autonomie. Dank dem Entgegenkommen des lettländischen Staates wurden in diesem Bereich beachtliche Erfolge erzielt. Die Deutschen und andere nationale Minderheiten erhielten weitgehende Rechte und Möglichkeiten, eine Infrastruktur ihrer nationalen Kultur zu schaffen: Schulen, Vereine, Kultureinrichtungen, Presse usw. Auf der Grundlage des am 8. Dezember 1919 verabschiedeten „Schulgesetzes der Minderheiten Lettlands“ wurde eine Verwaltung des deutschen Bildungswesens eingerichtet, die zu einer der Struktureinheiten des Schuldepartements des Bildungsministeriums wurde. Diese einer offiziellen staatlichen Einrichtung unterstellte Verwaltung war die wichtigste Institution, die die Schulautonomie der lettländischen Deutschen umsetzte.

Im Jahre 1923 wurde die „Zentrale deutsch-baltischer Arbeit“ gegründet, die 1928 in „Deutsch-baltische Volksgemeinschaft in Lettland“ (im folgenden „Volksgemeinschaft“) umbenannt wurde. Diese Organisation erlangte allmählich große Handlungsfreiheit und begann sich zur nationalen Hauptorganisation der lettländischen Deutschen zu entwickeln. Sie versuchte, die Tätigkeit aller übrigen deutschen Organisationen (ausgenommen die der politischen Parteien!) zu koordinieren und die Interessen der Deutschen in Lettland im kulturellen wie auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich zu vertreten.

Mit Hilfe der „Volksgemeinschaft“ sicherten sich die Deutschbalten eine gewisse Selbstverwaltung und erweiterten die Möglichkeiten zur Verwirklichung einer Kulturautonomie. Nach der Errichtung des autoritären Regimes in Lettland im Mai 1934 begann diese Organisation, die deutsche „Volksgruppe“ in allen Bereichen zu vertreten. Besonders groß war ihre Bedeutung bei der Organisierung des deutschen nationalen und kulturellen Lebens. Um die „Volkstumsarbeit“ zu aktivieren und zu intensivieren, wurden schrittweise neue Institutionen geschaffen, z.B. das System der sogenannten „Nachbarschaften“.

Wechselhaft und schwierig gestaltete sich das Verhältnis der Deutschbalten zum Staat Lettland. Anfangs war ihre Haltung ihm gegenüber abwartend oder sogar offen ablehnend. Die Deutschbalten bemühten sich nicht, die Handlungen eines nationallettischen Staates auch als Funktion eines Ausgleiches unterschiedlicher Interessen aller Bürger zu sehen. Ihrer Auffassung nach war der Staat fast einzig damit beschäftigt, ihre vermeintlichen Rechte zu „übertreten“ oder ihre Bedürfnisse zu ignorieren. Diese Situation war jedoch nicht von langer Dauer. In den 20er Jahren wendete sie sich ziemlich rasch zum Besseren. Das Verhalten der Deutschbalten wurde zunehmend loyaler. Sie begannen, spürbar aktiver an der Gestaltung des staatlichen Lebens mitzuwirken. Dieser Prozeß wurde so-

wohl durch die Politik nationaler Toleranz seitens des lettländischen Staates als auch durch die Haltung der deutschbaltischen Führung begünstigt.

Paul Schiemann, der exponierteste und einflußreichste deutsche Politiker im Lettland der 20er und beginnenden 30er Jahre, trat aktiv für das gegenseitige Verständnis von Letten und Deutschen ein und stärkte unter den Deutschbalten den Loyalitätsgedanken. Dies bezeugt unzweifelhaft den hohen Grad politischer Reife Schiemanns und war eines seiner historischen Verdienste.

Nach 1933 zeichnete sich eine entgegengesetzte Entwicklung ab: Viele Deutschbalten zogen sich allmählich aus dem Leben des Staates Lettland zurück. Dies geschah im Zusammenhang mit dem faszinierenden Einfluß des „neuen“ Deutschland, der Verbreitung der Ideen des Nationalsozialismus und der örtlichen nationalsozialistischen Propaganda, die offen die Forderung nach einer Änderung der Haltung gegenüber dem Staat Lettland erhob. In der neuen Sicht durfte diese für die Deutschbalten nicht mehr eine „Frage des Herzens“, sondern nur noch eine „politische Angelegenheit“ sein.⁴

Eine Entfremdung der Deutschbalten von der Heimat wurde auch durch die autoritäre Regierung Ulmanis bewirkt, die sich nicht scheute, die Beziehungen zu den nationalen Minderheiten zu verschärfen, und sich entschied, vereinzelt antideutsche Maßnahmen zu ergreifen. Mehrere ab der Mitte der 30er Jahre verabschiedete Gesetze und Verfügungen verletzten wesentlich die Interessen der Deutschbalten. Die lettischen Historiker müssen jedoch die Politik des autoritären Regimes noch eingehend untersuchen, um eine ausgewogene Antwort auf die Frage geben zu können, inwieweit diese antideutsch ausgerichtet war und ob es begründet ist, von einem klar durchdachten und zielgerichteten antideutschen Kurs zu sprechen. Quellen verschiedener Herkunft ermöglichen in dieser Hinsicht jedenfalls unterschiedliche Betrachtungsweisen.

I.

Wie aus den Unterlagen der Politischen Verwaltung Lettlands (Geheimpolizei) hervorgeht, wurde die nationalsozialistische Bewegung „im Jahre 1932 nach Lettland getragen“,⁵ als die nationalsozialistische Partei in Deutschland unerwartet große politische Erfolge feierte. Den unzweifel-

⁴ Baltische Monatshefte (1933), S. 298.

⁵ Latvijas Valsts vēstures arhīvs (Staatsarchiv für die Geschichte Lettlands) (LVVA), F 3235, Best. 3, A. 156, S. 61.

haft stärksten Impuls zur Entwicklung der Bewegung gab jedoch die Machtübernahme Adolf Hitlers am 30. Januar 1933, als der Nationalsozialismus zur offiziellen Politik und Ideologie Deutschlands wurde. Zusammen mit der Errichtung des Dritten Reichs entstand ein neuer und besonders wirkungsvoller Faktor, der den lokalen nationalsozialistischen Einfluß in Lettland fortwährend stärkte. Sowohl die immense Popularität der Ideen Hitlers im deutschen Volk selbst wie auch die außenpolitischen Erfolge Berlins und der Machtzuwachs des Dritten Reichs führten allmählich dazu, daß der Nationalsozialismus vielen Prozessen des deutschbaltischen gesellschaftlichen und politischen Lebens seinen Stempel aufdrückte.

Die Verbreitung des Nationalsozialismus unter den Deutschen Lettlands war nicht nur durch äußere, sondern auch durch innere Faktoren bedingt. Aus der Sicht mehrerer Autoren machte die Verschlechterung ihrer Situation in verschiedenen Bereichen (die Einengung „wirtschaftlicher Möglichkeiten“, Einschränkungen im kulturellen und gesellschaftlichen Leben), die durch das Anwachsen des lettischen Nationalismus in den 30er Jahren und die Politik der autoritären Regierung Ulmanis verursacht wurde, die Deutschbalten sehr empfänglich für die ganze Breite nationalsozialistischer Ideen.⁶ Andererseits betont die historische Literatur nicht selten, daß das Interesse für den Nationalsozialismus anfangs auch durch die Unzufriedenheit gesteigert wurde, welche eine Politik in gewissen Kreisen der einheimischen Deutschen hervorrief, die von Paul Schiemann, dem liberalen Vertreter der Theorie vom „anationalen Staat“⁷ und ausgesprochenen Gegner des Nationalsozialismus, repräsentiert wurde.⁸ Wie Hehn schreibt, waren viele Deutschbalten zu Beginn der 30er Jahre der Meinung, daß die Politik der deutschen Parlamentarier, in erster Linie

⁶ W. Lenz, Vom politischen Schicksal des baltischen Deutschtums, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 6: 1959 (1958), S. 67; Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 1), S. 38 ff. u.a.

⁷ Den Kern der Theorie vom „anationalen Staat“ bildete die Forderung nach Kulturautonomie für die nationalen Minderheiten. Schiemanns Meinung nach konnte dieses Ziel in einem „anationalen Staat“ erreicht werden, in dem der Staat von der Nationalität getrennt und die Macht des „Nationalstaats“ überwunden werde. Mit anderen Worten: Gäbe man die kulturelle und nationale Totalität auf, würden die nationalen Minderheiten ihrerseits darauf verzichten, politische Ziele außerhalb des entsprechenden staatlichen Rahmens zu verfolgen. Schiemann trat auch dafür ein, daß sich die kulturellen Verbindungen der nationalen Minderheiten mit ihrem „Mutternvolk“ ungestört entwickeln konnten. Er betonte die zweifache Bindung der nationalen Minderheiten: an den Staat, in dem sie leben, und an ihr eigenes Volk.

⁸ Eines der politischen Ziele Schiemanns war es, im Interesse der lettländischen Deutschen eine „sachliche Zusammenarbeit“ mit den politischen Kräften der verschiedenen Nationalitäten in Lettland zu erreichen.

die Schiemanns, welche auf einen Sieg des Gedankens von Versöhnung und Vertrauen abzielte, keinen Erfolg gezeitigt hätte.⁹ In einer solchen Situation wurde innerhalb der „Volksgruppe“ der Gedanke einer Orientierung auf den Zuwachs von Macht und Möglichkeiten des deutschen Volkes, wie ihn die von Hitler geführte Partei zu gewährleisten versprach, immer populärer.

Die Anfänge des Nationalsozialismus in Lettland waren mit der Tätigkeit verschiedener reichsdeutscher und deutschbaltischer Parteien, Organisationen (oder deren „Filialen“) und Vereinen verbunden. Anzuführen sind die Ortsgruppe der NSDAP,¹⁰ die Gruppe von D. Treijs,¹¹ die „Baltische Bruderschaft“,¹² die „Baltische Vereinigung“,¹³ der „Deutscher Kulturverein“,¹⁴ die Gruppe von Erhard Kroeger und mit Einschränkungen auch deren Konkurrenzorganisation, die „Baltische Landespartei“. Beinahe alle diese Organisationen verbanden die Popularisierung der Ideen der deutschen Erneuerungsbewegung bzw. des Nationalsozialismus mit einer Agitation, die gegen Lettland gerichtet war. Die einzige Ausnahme war in dieser Hinsicht die von Helmuth Stegmann geführte „Baltische Landespartei“, die im Herbst 1933 gegründet worden war. Diese Partei

⁹ Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 1), S. 44.

¹⁰ Nach Informationen der Politischen Verwaltung Lettlands bestand in Riga seit 1931 illegalerweise eine Ortsgruppe der NSDAP, die aus ortsansässigen reichsdeutschen Nationalsozialisten bestand. Der Leiter dieser Gruppe, E. Munzinger, betrieb auch unter den Deutschen lettischer Staatsangehörigkeit eine aktive Propaganda „in für die Hitleristen wünschenswertem Geist und Richtung“. (LVVA, F. 2574, Best. 4, A. 5531, S. 6).

¹¹ Mehrere Angehörige von Treijs' Gruppe wurden verhaftet und verurteilt. In einer Entscheidung des Rigaer Bezirksgerichtes vom 18. September 1935 wurde diese Gruppe als „geheime Rigaer Organisation der deutschen Nationalsozialisten“ bezeichnet, deren erstes Ziel es gewesen sei, „die Bürger Lettlands deutscher Nationalität zu gesetzeswidrigen Handlungen anzuspornen“. (LVVA, F. 2574, Best. 4, A. 6187, S. 10).

¹² Das Zentrum der „Baltischen Bruderschaft“ befand sich in Berlin. In Lettland, wo deren „Filiale“ nicht offiziell registriert war, waren 41 „Brüder“ tätig. Wie Materialien der Saeima Lettlands belegen, bestand die Aufgabe dieser Organisation in der Propagierung nationalsozialistischer Ideen und der Agitation für eine Angliederung Lettlands an Deutschland. Vgl. Latvijas republikas IV Saeimas stenogrammas. Ārkārtējā un VII sesija (Stenogramme der Vierten Saeima der Republik Lettland. Sonderausschuß und Siebte Sitzung). Rīga o.J., Sp. 672.

¹³ Als legales Sprachrohr der „Baltischen Bruderschaft“ konstituierte sich am 13. Januar 1932 die „Baltische Vereinigung“. Die Hauptaufgabe dieser Organisation lag in der Propaganda für die Ideen der deutschen Erneuerungsbewegung. In der Vereinigung waren mehrere in der deutschbaltischen Gesellschaft bekannte Persönlichkeiten aktiv: R. Wittram, H. Bernsdorff, H. Ohsoling-Fehre, W. Wulffius und andere. Vgl. LVVA, F. 5921, Best. 2, A. 42, S. 30.

¹⁴ Wie aus Materialien der Politischen Verwaltung Lettlands hervorgeht, scharten sich Anfang 1933 nationalistisch gesinnte Deutsche um den „Deutschen Kulturverein“, unter dessen Deckmantel mehrere Zusammenkünfte organisiert wurden (LVVA, F. 3235, Best. 3, A. 156, S. 61).

erkannte zwar, wenn auch nicht ohne Vorbehalte, die deutsche Erneuerungsbewegung an und trat, wie dies in der ersten Variante ihres Programms fixiert ist, für eine „Erneuerung des Lebens der deutschbaltischen Nationalität Lettlands“ ein.¹⁵ Ihre Parteiführer versuchten jedoch, die deutschbaltische Erneuerungsbewegung vom Nationalsozialismus „abzugrenzen“, und propagierten aktiv die „Idee der Heimat“ bzw. unterstrichen ihre Loyalität gegenüber Lettland.¹⁶

Zur stärksten nationalsozialistischen Kraft unter den Deutschbalten wurde die von dem Rechtsanwalt Erhard Kroeger geführte Rigaer Gruppe, die gewöhnlich „Bewegung“ genannt wurde. Sie nahm ihre Tätigkeit im Frühjahr 1933 auf und versuchte sogleich, sich als „Nationalpartei der deutschen Balten“ zu konstituieren. Dem Innenministerium Lettlands wurde ein diesbezüglicher Antrag eingereicht. Als Initiatoren der Parteigründung traten E. Kroeger, E. Bosse, A. Kraus, A. Luther und R. Tantscher auf.¹⁷ Sie erreichten jedoch ihr Ziel nicht. Am 1. Juni 1933 wurde die Registrierung der neuen Partei abgelehnt.¹⁸ Die regierenden Kreise Lettlands sahen in den Anhängern der „Bewegung“ eine staatsfeindliche Kraft. Das Innenministerium war nicht bereit, eine Partei zu legalisieren, die beabsichtigte, eine für Lettland unerwünschte Tätigkeit zu entfalten.¹⁹

Nach dem erfolglosen Versuch, eine offiziell anerkannte Partei zu gründen, verstand es Kroegers Gruppe dennoch, sich Möglichkeiten einer Tätigkeit zu verschaffen. Mehrere Jahre fungierte die „Bewegung“ hinter der Maske des „Deutschen Bildungsvereins in Lettland“ und des „Deutschbaltischen Wander- und Sportvereins“. Die zentrale Jugendorganisation der einheimischen Deutschen – der „Verband der deutschen Jugend in Lettland“ (im weiteren „Jugendverband“ genannt) –, der „Deutschbaltische Pfadfinderbund“ und einige andere Organisationen unterwarfen sich vollständig den Weisungen Kroegers. Bedeutend war der Einfluß der „Bewegung“ auch auf die deutschen Studenten. Für kurze Zeit arbeitete Kroegers Gruppe eng mit dem von E. Lehmann geführten „Verband deutscher Arbeitnehmer in Lettland“ zusammen, dem mehr als 1000 Mitglieder angehörten. Im Frühjahr 1935 zerschlug sich diese Zusammenarbeit jedoch. Die Politik und die Aktivitäten der „Bewegung“ waren allzu unkorrekt.

¹⁵ LVVA, F. 3724, Best. 1, A. 156, S. 61.

¹⁶ Baltische Monatshefte (1933), S. 478.

¹⁷ Rigasche Rundschau vom 26. Oktober 1934.

¹⁸ M. Garleff, Deutschbaltische Politik zwischen den Weltkriegen. Die parlamentarische Tätigkeit der deutschbaltischen Parteien in Lettland und Estland. Bonn-Bad Godesberg 1976 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. 2.), S. 44.

¹⁹ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 703, S. 76.

Unter dem Deckmantel legal bestehender Vereine, deren Einflußmöglichkeiten nach Ulmanis' Staatsstreich am 15. Mai 1934 im Zusammenhang mit dem verhängten Kriegsrecht spürbar eingeschränkt waren, bildete und entwickelte die Führung der Kroegerschen Gruppe allmählich Organisationsformen, die jenen der NSDAP und ihren Gliederungen ähnlich waren. Eine wichtige Quelle, die es gestattet, in Grundzügen den inneren Aufbau und die Strukturveränderungen der „Bewegung“ als illegale Organisation zu rekonstruieren, sind die bereits genannten Akten der Politischen Verwaltung Lettlands. Doch muß darauf hingewiesen werden, daß die entsprechenden Informationen, die dieser Einrichtung zur Verfügung standen, häufig allzu unpräzise oder fragmentarisch und nicht immer absolut gesichert waren. Sogar unverhohlene Desinformation ist nicht völlig auszuschließen, besonders in Fällen, in denen es um die Schutztruppen der „Bewegung“ ging, die dazu ausgebildet wurden, um Anhänger Kroegers und andersdenkende Deutschbalten zu bespitzeln sowie Geheimnisse der Streitkräfte Lettlands auszuspionieren.²⁰

Die Berichte der Agenten und Bezirksführer der Politischen Verwaltung Lettlands belegen, daß die „Bewegung“ gewissermaßen als Mikromodell der deutschbaltischen Gesellschaft, unter Berücksichtigung des Geschlechtes sowie der Altersinteressen der Genossen und Anhänger, „aufgebaut“ wurde. Die gewählte Struktur sollte die Erfüllung der Aufgaben einer völkischen Erziehung begünstigen und die Aktivität der Mitglieder stimulieren.

Zur Bezeichnung der Führung der „Bewegung“ benutzten die Beamten der Politischen Verwaltung zwei Termini: Stab und – seit 1937 – Zentrum. Im Jahre 1936 z.B. gehörten zum Organisationsstab E. Kroeger, A. von Koskull, H. Barth, H. Schlau, H. Ohsoling-Fehre und V. von Baehr.²¹ In den folgenden Jahren waren ferner folgende Personen als Vertreter des Zentrums der „Bewegung“ tätig: O. Kraus,²² W. von Radetzky,²³ H. Schneider,²⁴ O. von Fircks,²⁵ B. von Bieberstein²⁶ und N. Stender.²⁷

Unter den Materialien der Politischen Verwaltung sind Hinweise darauf zu finden, daß die „Bewegung“ aus mehreren Gruppen, Gliederungen oder Formationen bestand: einer „Mannschaft“, einer „Frauenshaft“,

²⁰ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 922, S. 145.

²¹ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 538, S. 1.

²² LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 707, S. 21 u.a.

²³ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 922, S. 145 u.a.

²⁴ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 705, S. 98 u.a.

²⁵ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 922, S. 194 u.a.

²⁶ LVVA, F. 3235, Best. 1/8, A. 495, S. 17.

²⁷ LVVA, F. 3235, Best. 1/8, A. 495, S. 17.

einer „Jungenschaft“ und einer „Mädchenschaft“.²⁸ Die führende Rolle spielten natürlich die „Mannschaften“. Sie waren von unterschiedlicher Größe (Schar oder Sturm) und wirkten in Riga, Liepāja (Libau), Kuldīga (Goldingen), Skrunda (Schrunden), Aizpute (Hasenpoth) sowie auch in mehreren anderen Städten und einzelnen Gemeinden Lettlands. In eine „Mannschaft“ konnte eintreten, wer das 19. Lebensjahr erreicht hatte. Jedes vollberechtigte Mitglied der „Bewegung“ erhielt eine goldene Nadel.

Ein präziseres Bild von der Struktur der „Bewegung“ vermittelt ein Befehl Kroegers, der am 13. September 1939 ausgegeben wurde. Auf dessen Grundlage wurde O. Kraus zum Führer der Gliederungen bzw. Formationen ernannt, dem die „Mannschaft“, der „Jugendverband“ und die Genossen des „Studentenbundes“ unterstellt waren. Darüber hinaus wurde ein Verbindungsstab gebildet, dem „der Stabsführer und die Führer aller Gliederungen“ angehörten. Der Führer des Verbindungsstabes war verantwortlich für die Erfassung aller Genossen der „Bewegung“, die nicht zu einer der Gliederungen zählten.²⁹

Ganz Lettland, ausgenommen Riga, wurde in sechs Kreise aufgeteilt (d.h. es wurden Kreisorganisationen der „Bewegung“ gebildet), an deren Spitze ein Kreisleiter als höchste politische Instanz stand. Kroeger selbst unterschrieb den erwähnten Befehl als Landesleiter.³⁰ In Ausführung dieses Befehls ernannte der Führer der „Bewegung“ am 22. September 1939 z.B. A. Heerwagen im westlichen Teil Kurlands, J. von Pander im westlichen Teil Livlands und T. Meyer im östlichen Teil Livlands zu Kreisleitern. Gleichzeitig wurden auch die Ortsgruppenleiter der „Bewegung“ eingesetzt. Von ihnen kann man F. Adolphi (Liepāja), H. J. Bosse (Tālsī/Talsen), E. Vierhuff (Kuldīga), A. von Stackelberg (Jelgava/Mitau), H. Guttschmidt (Ventspils/Windau), J. Bernewitz (Kandava/Kandau) und andere anführen.³¹

Was die politische Tätigkeit der „Bewegung“ in den 30er Jahren anbetrifft, so verlief sie in mehreren miteinander eng verknüpften Richtungen. In erster Linie widmeten die Angehörigen der Kroegerschen Gruppe der Propagierung des Nationalsozialismus große Aufmerksamkeit, um die Zahl ihrer Anhänger zu vergrößern und ihren Einfluß unter den Deutschbalten zu stärken, da ihre ursprünglichen Positionen nicht besonders stark gewesen waren. In den Quellen kann man allerdings auch andere Bewertungen finden. So beunruhigte z.B. den Generalsekretär des lett-

²⁸ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 706, S. 157.

²⁹ LVVA, F. 5921, Best. 2, A. 227, S. 6.

³⁰ LVVA, F. 5921, Best. 2, A. 227, S. 6.

³¹ LVVA, F. 5921, Best. 2, A. 227, S. 8.

ländischen Außenministeriums, Vilhelms Munters, schon im Februar 1934 die Ausbreitung der nationalsozialistischen Ideologie in den Kreisen der Deutschbalten, ganz besonders der Jugend.³² Nach einer Schätzung der Politischen Verwaltung erreichten die Anhänger der „Bewegung“ zu jener Zeit etwa einen Anteil von 25% innerhalb der „Volksgruppe“.³³

In seinen Reden und Artikeln trat Kroeger häufig dafür ein, daß der Nationalsozialismus für die lettländischen Deutschen die gemeinsame Weltanschauung werden sollte, denn nur in diesem Falle könnten sie wahre nationale Einigkeit zeigen und eine wirkliche „Volksgemeinschaft“ bilden.³⁴ Die Gegner des Führers der „Bewegung“ beurteilten diese Forderung begründeterweise als Ausdruck weitgehender Ambitionen. Sie faßten sie als unverblümtes Streben Kroegers auf, die Anerkennung seines Rechtes auf Führung der „Volksgruppe“ zu erreichen.

Den Kampf um die „Machtergreifung“ und die Unterordnung der deutschen Organisationen nahmen die Mitglieder der „Bewegung“ direkt nach ihrem Erscheinen auf der politischen Bildfläche auf. Von Anfang an wandten sie sich geschlossen gegen die politische Führung der „Volksgruppe“, in erster Linie gegen Paul Schiemann. Eine unmißverständliche Kampfansage von seiten Kroegers³⁵ war der im Februar 1933 in der Zeitschrift „Baltische Monatshefte“ publizierte Artikel „Über politische Inversion“.³⁶ Zwei Monate später, am 29. April, folgte sein ausgesprochen scharfes Auftreten auf einer Sitzung des „Deutschen Allgemeinen Wahlkomitees“.³⁷ „Im Namen der Nationalpartei der deutschen Balten“ forderte Kroeger, Schiemann „im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung der Volksgemeinschaft“ von den Ämtern des Vorsitzenden der deutschen Saeima-Fraktion und des Chefredakteurs der Zeitung „Rigasche Rundschau“ zu entbinden.³⁸

³² Instruktiver Brief Vilhelms Munters' an die lettländischen Gesandten im Ausland. 28. Februar 1934. LVVA, F. 2574, Best. 15, A. 92, S. 408.

³³ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 707, S. 334.

³⁴ Diese Forderung stellte Kroeger z.B. in seinen Reden vom 29. April und 24. September 1933. Die erste wurde auf einer Sitzung des „Deutschen Allgemeinen Wahlkomitees“ gehalten, die zweite bei einer Zusammenkunft der Delegierten der „Volksgemeinschaft“ (s. LVVA, F. 5921, Best. 2, A. 5, S. 27; A. 334, S. 10).

³⁵ G. von Mickwitz, Erhard Kroeger – ein deutsches Leben 1905–1987, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 42: 1995 (1994), S. 172.

³⁶ Baltische Monatshefte (1933), S. 91 ff.

³⁷ Der ehemalige Präsident der „Volksgemeinschaft“, Wilhelm von Rüdiger, charakterisierte in seinen nach dem Zweiten Weltkrieg verfaßten Erinnerungen Kroegers Auftreten so: „Eine so gehässige Rede gegen führende Männer der Volksgruppe hatte niemand gewagt.“ (W. von Rüdiger, Versuch einer wahrhaften Darstellung. Bd. 2: Die deutschbaltische Volksgemeinschaft in den Jahren 1933–1935. Bundesarchiv Koblenz (BA), Bestand Ost-Dok. 14/13, S. 2).

³⁸ LVVA; F. 5921, Best. 2, A. 5, S. 27.

Im Herbst 1933 beschlossen die Führer der „Bewegung“, ihre Taktik zu modifizieren. Sie begannen auch gegen die konservativ gesinnte Führung der „Volksgemeinschaft“ aufzutreten. Die ersten Symptome des Kampfes zeichneten sich klar und deutlich auf einer Delegiertenversammlung der zentralen Organisation der einheimischen Deutschen Ende September ab. In einer auf diesem Forum gehaltenen Rede drohte Kroeger, das Verhältnis der „Bewegung“ zur „Volksgemeinschaft“ zu revidieren, wenn nicht bestimmte Bereiche der „Volkstumsarbeit“ in ihren Zuständigkeitsbereich übergehen würden.³⁹ Die beschwichtigende Haltung der Führer der „Volksgemeinschaft“ war nicht geeignet, die Situation zu ändern. Obwohl der Präsident der „Volksgemeinschaft“, W. von Rüdiger, bei der Auswahl von Kadern für die neugebildeten Institutionen, z.B. für die „Nachbarschaften“, viele Mitglieder der Kroegerschen Gruppe als Amtspersonen in die Arbeit eingebunden hatte, wollten diese nicht auf ihren eingeschlagenen Kurs, der auf Verschärfung der Konfrontation abzielte, verzichten.

Die Methoden des politischen Kampfes, derer sich die „Bewegung“ bediente, waren ausgesprochen unkorrekt und der deutschbaltischen Mentalität und ihren Traditionen fremd. Für eine Lügenkampagne gegen die Führung der „Volksgemeinschaft“ benutzte sie für kurze Zeit konsequent die Zeitungen „Zeitlupe“ und „Rigaer Tageszeitung“. In vielen Publikationen gebrauchte sie zur Bezeichnung ihrer politischen Rivalen das Wort „System“, das in der Terminologie der deutschen Nationalsozialisten einen ausgesprochen diskreditierenden, ja vernichtenden Unterton besaß. Die Kämpfe der Kroegerschen Gruppe und ihr Hang zu Verleumdungen ließen auch nach der Gründung eines Ehrenrates der „Volksgemeinschaft“ nicht nach, der eine seiner Aufgaben gerade im Schutz der Reputation der Führung der „Volksgemeinschaft“ sah.⁴⁰

Einen besonders scharfen Konflikt in der „Volksgemeinschaft“ riefen im Jahre 1934 die Bestrebungen der „Bewegung“ hervor, die deutsche Jugend im Kampf gegen die Führung der „Volksgemeinschaft“ zu benutzen. Die Wirksamkeit dieser Versuche wurde durch die Popularität der nationalsozialistischen Ideen bei den Jugendlichen wie auch durch die Unterordnung des „Jugendverbandes“ unter die Kroegerschen Weisungen garantiert. Überdies übte der Vorsitzende dieses Verbandes, H. Ohsoling-Fehre, gleichzeitig die Tätigkeit eines Schriftführers der Jugendabteilung der „Volksgemeinschaft“ aus. Nach einer Behauptung W. von Rüdigers stand

³⁹ LVVA, F. 5921, Best. 2, A. 334, S. 10.

⁴⁰ Der Beschluß zur Bildung eines Ehrenrates wurde am 7. Mai 1934 vom Hauptvorstand der „Volksgemeinschaft“ angenommen (LVVA, F. 5921, Best. 2, A. 29, S. 7).

auch der andere Schriftführer der Abteilung unter direktem Einfluß des Führers der „Bewegung“.⁴¹ Damit wurde die Jugendabteilung der „Volksgemeinschaft“ im wesentlichen zu einem Instrument im Kampf der Kroegerschen Gruppe. Im Interesse der „Bewegung“ entfaltete sie eine breit angelegte, der Führung der „Volksgruppe“ gegenüber feindliche Agitation. Rüdiger blieb nichts anderes übrig, als beide Schriftführer zu entlassen und die Jugendabteilung der „Volksgemeinschaft“ zu reorganisieren.

Rüdiger, der bis September 1935 an der Spitze der „Volksgemeinschaft“ stand, versuchte, Tätigkeiten der „Bewegung“, welche die Einigkeit der „Volksgruppe“ untergruben, zu bekämpfen oder zu unterbinden. Er verknüpfte einzelne Sanktionen gegen die Kroegersche Gruppe mit einer Anerkennung der Ideen der deutschen Erneuerungsbewegung⁴² und Ausöhnungsversuchen, die, objektiv gesehen, allerdings vorteilhafter für die deutschen Nationalsozialisten ausfielen. Als Beispiel könnte man die am 25. Februar 1935 geschlossene Vereinbarung zwischen der „Volksgemeinschaft“ und dem „Jugendverband“ anführen, welche die Priorität der Führer des „Jugendverbandes“, „Volkstumsarbeit“ unter allen deutschen Jugendlichen zu leisten, anerkannte. In eben jener Zeit wurde dem Präsidenten der „Volksgemeinschaft“ das Vetorecht bei Beschlüssen des Vorstandes des „Jugendverbandes“ abgesprochen.⁴³

Der Nachfolger Rüdigers im Amt des Präsidenten der deutschbaltischen zentralen Organisation, E. Mündel, trat für eine sachliche Zusammenarbeit mit der „Bewegung“ ein und wagte es faktisch nicht mehr, wirklich wirksame und effektive Sanktionen gegen ihre Anhänger zu verhängen. Einige von ihm ergriffene Gegenmaßnahmen – kurzzeitige Amtsenthebungen des einen oder anderen Kroeger-Anhängers – änderten am Kern der Sache nichts. Im Resultat stärkte die Kroegersche Gruppe während der Präsidentschaft Mündels (1935–1938) ihre Positionen in der „Volksgemeinschaft“ spürbar und vergrößerte ihren Einfluß auf den wichtigsten Tätigkeitsfeldern dieser Organisation. So leiteten und kontrollierten die Vertreter der „Bewegung“ z.B. die Arbeit mit der Jugend und den Landbewohnern und wirkten als Amtspersonen der „Volksgemeinschaft“ in den „Nachbarschaften“.

⁴¹ LVVA, F 5921, Best. 1, A. 43, S. 1.

⁴² Schon im September 1933 bekundete Rüdiger auf einer Zusammenkunft des „Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa“, daß sich die „Volksgemeinschaft“ als Anhänger der deutschen Erneuerungsbewegung bekenne. Vgl. W. von Rüdiger, Aus dem letzten Kapitel deutsch-baltischer Geschichte in Lettland 1919–1939. Zweiter Teil, Hannover 1955, S. 69.

⁴³ LVVA, F 5921, Best. 1, A. 3, S. 13.

Die entscheidenden Erfolge errangen die Anhänger Kroegers Ende 1938 und Anfang 1939. Auf der Delegiertenversammlung der „Volksgemeinschaft“ am 26. November 1938 wurde der von der „Bewegung“ unterstützte Kandidat A. Intelmann⁴⁴ zum Präsidenten gewählt; wie sich herausstellte, spielte er auf diesem Posten „einfach (...) die Rolle eines Statisten“.⁴⁵ Kroeger wiederum sicherte sich einen Platz im Präsidium, aus dem mehrere Vertreter der „alten Garde“ (L. Schoeler, W. Wachsmuth u.a.) ausschieden.⁴⁶ Nach Informationen der Politischen Verwaltung Lettlands wurden in dieser Zeit sechs von acht Sektionen und Abteilungen der „Volksgemeinschaft“ von Mitgliedern der „Bewegung“ geleitet.⁴⁷ Die Beamten dieser Behörde stuften auch den neuen Vizepräsidenten der zentralen Organisation, Sticinsky, als Nationalsozialisten ein;⁴⁸ Quellen deutschbaltischer Herkunft bestätigen dies allerdings nicht.

Der deutsche Gesandte in Lettland, E. von Schack, meldete nach Berlin, daß die „Bewegung“ den 26. November „als den Tag der ‚Machtergreifung‘“ feiere.⁴⁹ Auch die Materialien der Politischen Verwaltung beinhalten eine in gewisser Hinsicht ähnliche Information: Auf einer Zusammenkunft der „Mannschaft“ in Goldingen seien die Vertreter der Führung der Kroegerschen Gruppe, Radetzky und Kraus, aufgetreten, „die darauf hingewiesen hätten, daß dank der Energie der ‚Bewegung‘ bzw. der ‚Mannschaft‘ der Einfluß der ‚System‘kreise in der ‚Volksgemeinschaft‘ auf die hiesigen Deutschen völlig zerschlagen sei und nun einzig die Nationalsozialisten die Führung über letztere hätten“.⁵⁰ Ungeachtet solcher in den Quellen anzutreffender Wertungen bemühte sich Kroeger selbst in seinen Mitte der 60er Jahre verfaßten Erinnerungen noch, die Erfolge der Vertreter der „Bewegung“ zurückhaltender zu charakterisieren. Er gab an, daß sie sich erst im Frühjahr 1939 die maßgeblichen Positionen in den Organisationen der lettländischen Deutschen gesichert hätten.⁵¹ Die zurückhaltenden Wertungen Kroegers unterstreichen die Tendenz seiner Nachkriegspublikationen, der „Bewegung“ den Platz einer politischen Kraft in der deutschbaltischen Geschichte zuzuweisen, die auf jede Art

⁴⁴ LVVA, F. 5921, Best. 1, A. 8, S. 2.

⁴⁵ H. von Rimscha, Zur Gleichschaltung der deutschen Volksgruppen durch das Dritte Reich. Am Beispiel der deutschbaltischen Volksgruppe in Lettland, in: *Historische Zeitschrift* 182 (1956), S. 48.

⁴⁶ LVVA, F. 5921, Best. 1, A. 5, S. 42.

⁴⁷ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 922, S. 100.

⁴⁸ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 922, S. 100.

⁴⁹ Zitiert nach: Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 1), S. 65.

⁵⁰ LVVA, F. 3235, Best. 1/8, A. 495, S. 169.

⁵¹ E. Kroeger, Der Auszug aus der alten Heimat. Die Umsiedlung der Baltendeutschen. Tübingen 1967, S. 40.

und Weise bekämpft worden sei, um so die Methoden ihrer Anhänger im Kampf um die Vormachtstellung in der „Volksgruppe“ rechtfertigen zu können. So kann man z.B. in seinen Erinnerungen lesen, daß die „Bewegung“ sich langsam, aber stetig vorwärts gearbeitet habe, „obwohl von einem Teil der Volksgruppenführung alles getan worden sei, um sie zurückzudrängen“.⁵²

Zu den Faktoren, die die politischen Erfolge der „Bewegung“ in den 30er Jahren sicherten, gehörte die Unterstützung durch das Deutsche Reich. Die Vertreter der Kroegerschen Gruppe verstanden es, schnell enge Kontakte zu verschiedenen Strukturen im Staat und in der nationalsozialistischen Partei zu knüpfen. Insbesondere war für sie die 1936 gegründete Volksdeutsche Mittelstelle (VoMi) zuständig, in deren Verantwortungsbereich die deutschen „Volksgruppen“ im Ausland fielen. Die führenden Amtspersonen dieser Stelle ignorierten zunehmend die offiziellen Vertreter der „Volksgemeinschaft“ und die Positionen, die diese in für die „Volksgruppe“ wichtigen Fragen vertraten. Der Verlauf der „politischen Kämpfe“ unter den lettländischen Deutschen wurde einzig aus der „Kroeger-Perspektive“ gesehen und bewertet. Das Zentralbüro der VoMi strebte dabei nach einer Form der „Ausöhnung“ zwischen den beiden Konfliktparteien, die allein für die Kroegersche Gruppe von Vorteil sein würde.

Besonders augenfällig trat dies im Frühjahr und Sommer 1937 zutage, als sich das Verhältnis der „Bewegung“ zur Führung der „Volksgemeinschaft“ von neuem verschlechterte. Von ihrem Agenten mit dem Decknamen „Krüms“ erhielt die Politische Verwaltung Lettlands im Frühjahr 1938 folgende Informationen über die Regulierung dieses Konfliktes: „Im Sommer 1937 wurden der Führer der ‚Volksgemeinschaft‘, Mündel, und der Führer der nationalsozialistischen Bewegung, Kroeger, wegen ihrer Unstimmigkeiten nach Deutschland zitiert, wo ihnen eine Einigung nahegelegt wurde, da Deutschland andernfalls die Mittel zur Unterstützung der deutschen Organisationen in Lettland zurückfordern würde. Es wurde eine Einigung erreicht,⁵³ und der Stand der Dinge sehe so aus, daß die maßgebende Person in den deutschen Organisationen Erhard Kroeger sei, der die nationalsozialistische Bewegung in Lettland mit Hilfe des Vereins ‚Verband der deutschen Jugend in Lettland‘ anführe.“⁵⁴

⁵² Ebenda, S. 37.

⁵³ Die erwähnte Einigung wurde im September 1937 durch Vermittlung der VoMi erreicht.

⁵⁴ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 706, S. 157.

Die engen Bande mit Deutschland halfen der „Bewegung“, den „Kampfgeist“ in ihren Reihen aufrechtzuerhalten,⁵⁵ und schufen die Überzeugung, daß Deutschland die baltischen Staaten zweifellos seinem Machtbereich eingliedern werde. Auf jeden Fall entfalteten die Mitglieder der Kroegerschen Gruppe eine rege Agitation hinsichtlich des „Einmarsches und der Herrschaft der Deutschen in Lettland“, die im Jahre 1938, nach dem Entstehen „Großdeutschlands“, besonders stark wurde.⁵⁶ So wurden Hoffnungen von Deutschbalten gestärkt, daß „ihr Retter von außen kommen und er ihr Führer Hitler sein werde“.⁵⁷ Wie groß der Glaube an eine solche Möglichkeit war, belegt die Handlungsweise vieler Rigaer Deutscher anlässlich des Besuches des deutschen Kreuzers „Köln“ in Lettland im Frühjahr 1938. Sie vermochten ihre Begeisterung kaum zu verhehlen, und bei der Abfahrt des Kreuzers „sangen sie ein Lied davon, daß die deutschen Seeleute bald nach Lettland zurückkehren werden und hier die nationalsozialistische Flagge Deutschlands wehen werde“.⁵⁸

Die Mitglieder der „Bewegung“ schätzten die Interessen Deutschlands im Baltikum hoch ein und waren bereit, sich für deren vollständige Verwirklichung einzusetzen. Ihrer Erwartung nach war die deutsche Politik auf eine Annexion dieser Region gerichtet. Allerdings spiegelte eine solch einseitige Bewertung die Haltung des offiziellen Berlin nur unzureichend wider. Dieses gab in seinen Äußerungen zur Ostpolitik bis zum Abschluß des Molotov-Ribbentrop-Paktes de facto keine Antwort auf die Frage: Wann, wie und in welchem Maße wird die Souveränität der baltischen Staaten angetastet werden?

II.

Das Verhältnis zwischen dem Staat Lettland und den Deutschbalten verschlechterte sich gegen Mitte bis Ende der 30er Jahre spürbar. Schuld an dieser Entwicklung trugen unzweifelhaft beide Seiten. Während die Tätigkeit der „Bewegung“ und ihr Erstarken in der „Volksgruppe“ bei den

⁵⁵ Wie Materialien der Politischen Verwaltung Lettlands belegen, popularisierten die Führungsvertreter der Kroegerschen Gruppe auf Zusammenkünften der „Mannschaft“ häufig die Idee, daß ein Teilnehmer der „Bewegung“ nicht nur danach streben müsse, ein 100prozentiger Nationalsozialist zu sein, sondern auch den Vorsatz haben müsse, ein 200prozentiger Nationalsozialist zu werden“ (LVVA, F. 3235, Best. 1/8, A. 495, S. 149).

⁵⁶ Bericht des Leiters der Politischen Verwaltung Lettlands, J. Fridrihsons, an den Direktor des Verwaltungsdepartements im Innenministerium, J. Anšmits. 15. September 1938. LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 922, S. 67.

⁵⁷ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 922, S. 71.

⁵⁸ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 922, S. 70.

Letten tiefes Mißtrauen gegenüber den deutschen Mitbürgern hervorrief, so waren letztere häufig verbittert über die Politik der autoritären Regierung Ulmanis.⁵⁹ Subjektiv waren sie davon überzeugt, daß man in Lettland das Deutschtum schlicht vernichten wollte. Zu eben diesem Schluß kam im Frühjahr 1939 der lettländische Außenminister, Vilhelms Munters.⁶⁰

Für den Versuch, allgemein auf die Frage zu antworten, eine wie starke antideutsche Grundhaltung die Maßnahmen des autoritären Regimes Ulmanis objektiv zeigten, ist es erforderlich, sich mit den Quellen zu beschäftigen, die auch über die Auffassung und Argumentation der anderen beteiligten Seiten Auskunft geben. Betrachten wir zunächst den offiziellen Standpunkt Deutschlands: Sowohl das Auswärtige Amt als auch die deutsche Botschaft in Riga vertraten die Ansicht, daß die Innenpolitik von Ulmanis' Kabinett ausgesprochen antideutsch sei. Im Frühjahr 1936 kam es sogar so weit, daß der Gesandte E. von Schack begann, von einem zunehmend planmäßigen und vernichtenden „Feldzug“ gegen die deutsche nationale Minderheit zu schreiben.⁶¹ Am 4. April übersandte er einen von der Botschaft zusammengestellten Überblick über die antideutschen Maßnahmen der lettländischen Regierung nach Berlin.⁶² Das Auswärtige Amt wiederum informierte die entsprechenden deutschen Behörden über dieses „Sündenverzeichnis“ der Letten, das „15 Übertretungen“ aufführte.⁶³ Wir müssen allerdings hinzufügen, daß Schack auch solche Maßnahmen in dieser Liste aufführte, die nicht ohne weiteres als direkt gegen die lettländischen Deutschen gerichtet zu interpretieren sind. So erwähnte er beispielsweise als „fünfte Übertretung“, daß an lettischen Schulen „die englische Sprache (...) statt der deutschen als erste Fremdsprache eingeführt“ werde.⁶⁴

Unzweifelhaft große Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, daß die Zeugnisse über die recht aktive Politik der Regierung Ulmanis gegen das Deutschtum mehrere Dokumente einschließen, deren Verfasser damals zu den offiziellen Kreisen Lettlands gehörten. So sind z.B. in einem geheimen Brief des lettländischen Gesandten in Warschau, L. Ēķis, an V. Munters, der auf den 1. Mai 1939 datiert ist, folgende Zeilen zu lesen:

⁵⁹ 1958/59 wurde im Auftrag der Baltischen Historischen Kommission eine Befragung mehrerer deutschbaltischer ehemaliger Politiker durchgeführt. Ihre Ergebnisse bezeugen, daß viele von ihnen die Einstellung der autoritären Regierung Ulmanis gegenüber den Deutschen in Lettland sehr negativ bewerteten (s. BA, Bestand Ost-Dok. 14, Bd. 2-7).

⁶⁰ Brief Munters' an den lettländischen Gesandten in Deutschland, E. Krieviņš, 17. April 1939. LVVA, F. 2574, Best. 4, A. 7679, S. 187.

⁶¹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), R 31287, E 680450.

⁶² PA AA, R 31287, E 680450-52.

⁶³ PA AA, R 31287, E 680450.

⁶⁴ PA AA, R 31287, E 680451.

„Die deutsche Minorität (wie auch zum Teil die polnische) in unserem Lande ist für uns ein gefährlicher Brückenkopf fremder Kräfte, über die begonnen werden kann, von innen und außen Druck auf uns auszuüben. Entgegenkommen und Flexibilität in der Innenpolitik können diesen gefährlichen Punkt nicht eliminieren. Vielleicht sollte man noch mehr Abstand nehmen von den subtilen ‚Methoden‘ die Minderheiten ‚zu reizen‘ (in Schulangelegenheiten, bei wirtschaftlichen Konzessionen, bei der Schließung von Unternehmen der Minderheiten usw.), was man später erreichen könnte, wenn die Existenz des gesamten Staates und die Unabhängigkeit des Volkes nicht mehr ‚auf dem Spiel‘ stünden, wie das jetzt der Fall ist.“⁶⁵

In diesem Zusammenhang dürfen auch ein Manuskript Kārlis Ulmanis' und die Vernehmungsprotokolle, die nach dessen Deportation aus Lettland in der Zeit vom Oktober 1940 bis Februar 1942 entstanden sind, nicht außer acht gelassen werden. Aus diesen Dokumenten geht hervor, daß Ulmanis eine spürbare Einschränkung des Einflusses der lokalen Deutschen im gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben des Staates als seine wichtigste und vordringlichste Aufgabe ansah, die er auch zielstrebig zu realisieren versucht habe.⁶⁶ Dabei wird allerdings deutlich, daß diese Dokumente, in Anbetracht der spezifischen Umstände ihres Entstehens, sehr kritisch interpretiert werden müssen; doch offenbar enthalten sie auch eine gewisse Portion Wahrheit.

Selbstverständlich wird in vielen Quellen lettischer oder anderer Herkunft ein davon abweichender Standpunkt vertreten. Dies gilt in erster Linie für die diplomatischen Dokumente, in denen sich die offizielle Haltung Lettlands in den Verhandlungen mit den Vertretern Deutschlands widerspiegelt. Es war die Regel, daß lettische Diplomaten leugneten, in Lettland werde vorsätzlich eine antideutsche Innenpolitik verfolgt. So behauptete beispielsweise Munters bei einem Treffen mit dem deutschen Außenminister K. von Neurath am 20. Juni 1936 sogar, daß sich die Regierung Lettlands gegenüber den Deutschbalten „hochherzig“ verhalte. Seiner Meinung nach waren es gerade die lettländischen Deutschen selbst, die nicht mit den Letten zusammenarbeiten wollten und Anspruch auf „Sonderrechte“ erhoben.⁶⁷

Ähnliche Gedanken äußerte Munters auch in mehreren „freundschaftlichen und inoffiziellen“ Gesprächen mit dem deutschen Botschafter U. von Kotze, die im April 1939 stattfanden. Er hob hervor, daß die lett-

⁶⁵ LVVA, F 2574, Best. 4, A. 2679, S. 7.

⁶⁶ Latvijas Zinātņu Akadēmijas Vēstis (1991), Nr. 1, S. 130-135.

⁶⁷ PA AA, R 104627, S. 421231.

ländischen Deutschen „ein großes Hindernis“ für die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten seien. Doch bedeutete eine solche Einstellung nicht, daß Munters forderte, Deutschland solle seine Volksangehörigen „den Löwen zum Fraß“ vorwerfen. Aus seiner Sicht erschien lediglich der Zustand unerträglich, daß die Deutschbalten „auf Sonderrechte Anspruch erheben, sich mit der Bitte um Schutz an bekannte und unbekannt deutsche ‚Stellen‘ wenden und gleichzeitig eine illoyale, verachtungsvolle und separatistische Politik verfolgen“.⁶⁸

Die Analyse unterschiedlicher Quellen zeigt, daß die Minderheitenpolitik während der Zeit des autoritären Regimes in Lettland großen Schwankungen unterlag. Das Lettland des 15. Mai rechtfertigte anfängliche Hoffnungen der Deutschbalten in keiner Weise. Die Regierung Ulmanis begann, ihnen gegenüber einen „strengen Kurs“ einzuschlagen. Andererseits machte Kārlis Ulmanis jedoch keineswegs alle positiven Errungenschaften (z.B. die Schulautonomie) rückgängig, die seit 1918 die Grundlagen der Beziehungen zwischen dem Staat Lettland und den Deutschbalten bildeten.

Nicht um Ulmanis zu rechtfertigen, sondern um zu zeigen, daß die „antideutschen Maßnahmen“ eine Erscheinung europäischen Maßstabes waren (was den Gedanken unterstreicht, daß die „Volksdeutschen“ selbst an vielem schuld waren), soll ein auf den 14. Januar 1937 datierter Dienstvermerk betrachtet werden, dessen Verfasser F. von Twardowsky war, ein Beamter der VI. Abteilung des Auswärtigen Amtes. In diesem Dokument heißt es: „Die Bilanz des Jahres 1936 zeigt ein wenig erfreuliches Bild für die deutschen nationalen Minderheiten in Europa.“ Der deutsche Diplomat verschwieg auch nicht, daß die Stimmung der Staatsvölker Europas gegenüber den lokalen Deutschen (mit seltenen Ausnahmen) ausgesprochen unfreundlich war. Nach seinen Informationen wurden in vielen Staaten die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Deutschen eingengt und ihre politische und gesellschaftliche Tätigkeit beschränkt.⁶⁹

Beschäftigt man sich mit den Erinnerungen W. von Rüdigers, die im Jahre 1955 publiziert wurden, erhält man eine Vorstellung davon, welche Maßnahmen der Regierung Ulmanis wirklich als „antideutsch“ angesehen werden können. In eine Zusammenstellung des „Sündenverzeichnisses“ des autoritären Regimes nahm er folgende Gesetze auf: „(...) das Gesetz vom 12. Juli 1934 über die Auflösung der Verwaltung des deutschen Bildungswesens; das Gesetz vom 5. Januar 1935 über die Staatsprache, das zu einem völligen Ausschluß der deutschen Sprache aus dem

⁶⁸ Brief von Vilhelms Munters an den lettländischen Gesandten in Deutschland, E. Krieviņš, 17. April 1939. LVVA, F. 2574, Best. 4, A. 7679, S. 187.

⁶⁹ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie C: 1933–1937. Bd. VI, 1, Göttingen 1981, S. 300f.

gesellschaftlichen Leben führte; das Gesetz vom 31. Januar 1935, das die Zahl der deutschen Juristen im Berufsfeld Rechtsanwalt einschränkte; das Gesetz vom 25. Februar 1935, das die Möglichkeit, Grundeigentum zu erwerben, für Deutsche fast völlig ausschloß; das Gesetz vom 9. April 1935 über die lettländische Kreditbank, das eine vernichtende Wirkung auf den deutschen Handel und die deutsche Industrie ausübte; das Gesetz vom 31. Dezember 1935 über die Kammern, dem die Auflösung von 14 deutschen wirtschaftlichen Organisationen und die Konfiszierung von bedeutendem Eigentum (auch der historischen Gebäude der Großen und der Kleinen Gilde) folgte; das Gesetz vom 11./14. Februar 1938 über Presse und Vereine, das die deutschen Vereine und die deutsche Presse der Willkür der lettischen Verwaltung auslieferte.⁷⁰

Die Analyse der praktischen Auswirkungen der von Rüdiger erwähnten Gesetze (es ist häufig schwierig, im Wortlaut der Gesetze selbst etwas Antideutsches zu sehen) belegt, daß mehrere von ihnen die Interessen der lettländischen Deutschen wesentlich berührten. Ein schwerer Schlag für die Deutschbalten und die anderen nationalen Minderheiten war das Volksbildungsgesetz vom 12. Juli 1934, welches das Gesetz vom 8. Dezember 1919 über das Schulwesen der Minoritäten in Lettland aufhob und gewisse Einschränkungen in den Bildungsmöglichkeiten der Schüler der nationalen Minderheiten festschrieb. Sie konnten nur noch in den nationalen Schulen lernen, in die ihre Eltern gegangen waren, oder lettische Schulen besuchen. Kinder aus gemischten Ehen, in denen ein Elternteil Lette war, mußten lettische Schulen besuchen.⁷¹

Wesentliche Veränderungen betrafen auch die Struktur des Bildungsministeriums. Bei der Bildung einer einheitlichen und zentralisierten Führung des Ministeriums wurden das Schuldepartement und die Schulverwaltung der nationalen Minderheiten aufgelöst. An ihre Stelle traten Referenten mit eingeschränkten und völlig widersprüchlichen Vollmachten. Sie durften jetzt nur noch beratend tätig sein.⁷²

All dies schränkte unzweifelhaft die Schulautonomie der deutschen und anderen nationalen Minderheiten stark ein, doch wurde sie nicht völlig abgeschafft. Das nationale Minderheitenschulsystem als solches existierte weiter. Die Deutschbalten selbst waren allerdings der Ansicht, daß es in Anbetracht der praktischen Regelung der Schulangelegenheiten nach Ulmanis' Umsturz schwer sei, von einer Bewahrung der Schulautonomie zu sprechen. Im April 1938 händigte der deutsche Schulreferent

⁷⁰ Rüdiger, Aus dem letzten Kapitel (wie Anm. 42), S. 20f.

⁷¹ Valdības Vēstnesis vom 17. Juli 1934.

⁷² Valdības Vēstnesis vom 17. Juli 1934.

M. von Radecki dem Ministerpräsidenten einen Bericht aus, in dem nach einer Analyse der Schul- und Bildungspolitik der Regierung gefolgert wurde, daß „von der Schulautonomie faktisch nichts mehr übriggeblieben ist“.⁷³

Viele Dokumente belegen, daß es im Lettland des 15. Mai schwierig für die einheimischen Deutschen war, Immobilien zu erwerben, ganz besonders auf dem Lande. Die Entscheidung in dieser Frage lag beim lettländischen Justizminister, H. Apšītis. Die an ihn gerichteten Bittschreiben von Deutschbalten zur Erlangung einer Erlaubnis zum Kauf von Immobilien wurden häufig abschlägig beschieden, oft sogar ohne Angabe von Gründen. Es ist verständlich, daß die Führung der lokalen Deutschen sich mit einem solchen Zustand nicht abfinden wollte. In dieser Frage appellierte sie sowohl an den Staatspräsidenten als auch an den Justizminister. So schrieb am 23. Februar 1939 der Präsident der „Volksgemeinschaft“, Intelmann an Apšītis: „Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Bittschriften von Bürgern deutscher Nationalität einer speziellen Prüfung unterworfen werden. Es entsteht der Eindruck, daß nicht ihre Tauglichkeit und materiellen Möglichkeiten eine Rolle spielen, sondern ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nationalität. Diese Bürger fühlen sich in die Rolle von Bürgern zweiter Klasse gedrängt.“⁷⁴

Die von der Führung der lettländischen Deutschen eingenommene Position in dieser Frage versuchte der deutsche Gesandte Kotze in einem Gespräch mit Munters (17. April 1939) zu unterstützen und zu verteidigen. Munters' Antwort war klar und deutlich: „(...) im allgemeinen streichen unsere Deutschen ihre Angelegenheiten und Notwendigkeiten in überspitzer Form heraus und bilden sich ein, daß sie im Mittelpunkt unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens stehen.“⁷⁵ Seiner Meinung nach lege ein Deutscher, der Immobilien kaufen wolle und innerhalb einiger Monate keine Antwort oder eine Ablehnung erhalte, dies als einen Schritt aus, der gegen das Deutschtum gerichtet sei, und das trage er auch so „nach außen“. Munters verfügte über die Information, daß im Justizministerium jährlich 13 000 Bittschriften eingingen, die der Minister durchsehen müsse. Er stellte Kotze in diesem Zusammenhang die rhetorische Frage: Was für eine Rolle „können da deutsche Bittschriften spielen“, selbst wenn man großzügig annehme, daß „diese sich in den Grenzen von drei Prozent bewegen“? Das sei doch, fuhr Munters fort, „ein Tropfen im Ozean“.⁷⁶

⁷³ LVVA, F. 5921, Best. 1, A. 29, S. 4.

⁷⁴ LVVA, F. 5921, Best. 1, A. 29, S. 19.

⁷⁵ LVVA, F. 2574, Best. 4, A. 7679, S. 188.

⁷⁶ LVVA, F. 2574, Best. 4, A. 7679, S. 188.

Die Erklärung, die Munters als Diplomat abgab, entsprach natürlich nicht dem wirklichen Stand der Dinge. Andere offizielle Persönlichkeiten Lettlands hatten bereits mehrfach offen bekannt, daß sie nicht daran interessiert seien, den Deutschbalten zu gestatten, sich von neuem auf dem Lande festzusetzen und damit zumindest teilweise die von der Agrarreform des Jahres 1920 hervorgerufenen Verluste zu kompensieren. So erklärte Kārlis Ulmanis am 4. April 1938 klar und deutlich dem Präsidenten der Volksgemeinschaft Mündel warum er den Versuch der Deutschbalten, neue Landflächen an denjenigen Orten, wo sich bereits deutscher Landbesitz befunden habe, zu erwerben und sich damit von den Landwirten anderer Nationalitäten abzugrenzen, als unerwünschte Erscheinung ansah. Nach Ulmanis' Meinung würden auf diese Weise auf dem Lande „noch weitere tote Inseln“ entstehen.⁷⁷

Eine völlig unmißverständliche Information in der Immobilienfrage ist in den Materialien der lettländischen Aufsichtsbehörden zu finden: Es war Praxis des Justizministeriums, Angehörigen fremder Nationalitäten keine Erlaubnis zum Erwerb von Immobilien zu erteilen.⁷⁸ Überdies sollte die Politische Verwaltung deutschbaltische wirtschaftliche Transaktionen aufmerksam verfolgen und dokumentieren. So war beispielsweise in einem Bericht des Leiters der Behörde, J. Fridrihsons, an den Innenminister V. Gulbis vom 15. August 1938 mit Genugtuung angemerkt: „Es sei eine Verringerung des deutschen Immobilienbesitzes bemerkbar, so haben die Deutschen 1937 in den Städten 111 Objekte für 270 000 Lat gekauft, demgegenüber 296 Objekte für 6,8 Mio. Lat verkauft und 4,1 Mio. Lat verloren; auf dem Lande wurde für 249 000 Lat verkauft – und nichts mehr gekauft.“⁷⁹

Besonders schmerzlich nahmen die ortsansässigen Deutschen die Gesetze über die Kammern vom 31. Dezember 1935 auf. Nach Informationen der Politischen Verwaltung Lettlands schuf die Übernahme der Gilden in den Verfügungsbereich der Kammern unerhörten Unfrieden und Haß unter den lokalen Deutschen. Eine solche Aufregung und Nervosität hätten sie „bisher noch nicht (...) erlebt“.⁸⁰

Die deutschbaltische Führung versuchte, eine breit angelegte Protestkampagne zu organisieren. Sie appellierte an die lettländische Regierung und den deutschen Gesandten in Riga. In der Presse der Rigaer Deutschen und in Deutschland wurden Artikel über die Auflösung der Gilden

⁷⁷ LVVA, F. 5921, Best. 1, A. 15, S. 25.

⁷⁸ Bericht des Leiters der Politischen Verwaltung Lettlands im Rayon Libau, N. Rožnieks. 4. November 1938. LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 707, S. 143.

⁷⁹ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 922, S. 336.

⁸⁰ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 887, S. 9.

gedruckt. Jedoch blieben die erhofften Ergebnisse aus. Wie in Fridrihsons' Bericht an das lettländische Innenministerium vom 29. April 1937 festgestellt wurde, zog die deutschbaltische konservative Führung den Schluß, daß „der Verlauf des Kampfes um die Gilden gezeigt hat, daß Deutschland nicht so stark ist, daß es sich in der Frage der deutschen Minorität in die inneren Angelegenheiten Lettlands einmischen könnte“.⁸¹

Nicht alle Gesetze der autoritären Regierung Ulmanis, die Rüdiger in sein „Sündenverzeichnis“ aufgenommen hatte, sind als antideutsche Maßnahmen zu werten. Nicht selten führten das Verhalten und die Tätigkeit der Deutschbalten selbst dazu, daß sich ein Gesetz oder eine Verordnung als gegen sie gerichtet erwies. Ein charakteristisches Beispiel ist in dieser Hinsicht die Tatsache, daß den Chefredakteuren der Zeitungen der Rigaer Deutschen („Rigasche Rundschau“ und „Rigasche Post“), gestützt auf das Pressegesetz von 1938, verhältnismäßig häufig persönliche Geldstrafen auferlegt wurden. Eine Auswertung der Artikel, deretwegen diese Strafen verhängt wurden, zeigt, daß die Leiter der deutschen Presse bewußt Vorschriften ignorierten und alles taten, um mit Hilfe der Presse die einheimischen Deutschen gegen den Staat Lettland einzunehmen. So publizierte am 26. Juli 1939 die Zeitung „Rigasche Rundschau“ einen Artikel „Neue Wege der Volksgruppenpolitik“, in dem die Deutschbalten offen dazu aufgerufen wurden, sich für eine subversive Tätigkeit gegen Lettland bereit zu halten.⁸²

Ein wesentliches Motiv, weshalb die Regierung Ulmanis dennoch eine gegen die einheimischen Deutschen gerichtete Politik umsetzte, lag offenbar in dem Streben des autoritären Regimes, dem nationalen Prinzip folgend, eine Identität von Staat und Staatsvolk zu erreichen. Die erwähnten „antideutschen Maßnahmen“ kann man als Folge einer antideutschen Stimmung werten, die innerhalb der lettischen Gesellschaft aufgrund des großen Einflusses der nationalsozialistischen Ideen unter den Deutschbalten und der herausfordernden Politik Berlins entstanden war. Die lettländische Regierung war sowohl durch häufige Bekundungen von Illoyalität seitens der einheimischen Deutschen verärgert, die Klagen ihrer Vertreter über erlittenes (oder vermeintlich erlittenes) Unrecht an Berlin richteten, als auch durch deren Bestreben, mit Hilfe offizieller deutscher Behörden die Berücksichtigung ihrer „kleinen Wünsche“ in Lettland zu erreichen. Ulmanis' Position in dieser Frage war eindeutig: zuerst Loyalität und dann „kleine Wünsche“.

⁸¹ LVVA, F. 3235, Best. 1/22, A. 887, S. 11.

⁸² Rigasche Rundschau vom 26. Juli 1939.

Obwohl es Berlin niemals gelang, *post factum* ein Nachgeben der lett-ländischen Regierung gegenüber den deutschbaltischen Forderungen zu erreichen, war dennoch insgesamt die Haltung Deutschlands einer der Faktoren, welche die antideutsche Tendenz in der Politik des autoritären Regimes spürbar verringerten. So zwangen beispielsweise die scharfe Reaktion Neuraths auf die Gesetze vom 31. Dezember 1935⁸³ (sog. „Silvestergesetze“) und die regelmäßigen Vorwürfe deutscher Diplomaten gegenüber Munters wegen der Mißachtung deutschbaltischer Interessen⁸⁴ Ulmanis' Kabinett zur Vermeidung offener Konflikte mit der deutschbaltischen Führung. Es ist kein Zufall, daß im Jahre 1937 kein einziges ausgesprochen „antideutsches Gesetz“ mehr verabschiedet wurde. Schack erklärte diesen Umstand damit, daß die in den vorangegangenen Jahren angenommenen Gesetze den offiziellen lett-ländischen Behörden ausreichende Möglichkeiten gäben, die zielgerichtete Politik einer „Ausgrenzung“ des deutschen Elementes aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fortzusetzen.⁸⁵ Gewissermaßen entsprach dies natürlich der Wahrheit, aber allmählich begann sich in der Politik der Regierung Ulmanis auch eine andere Tendenz abzuzeichnen. Die führenden lettischen Kreise versuchten, einen *modus vivendi* mit den einheimischen Deutschen zu finden. Besonders aktiv wurde dieses Ziel im Jahre 1938 nach der Münchener Konferenz verfolgt, als der Einfluß Deutschlands in Osteuropa immens anwuchs. Eine „Aussöhnung“ konnte jedoch nicht erreicht werden, da der passende Augenblick bereits verstrichen war.

Im April 1939, als Munters und Kotze gemeinsam die Forderungen der „Volksgruppe“ und deren Haltung erörterten, kamen beide Diplomaten überein, daß es für die Letten „außerordentlich schwierig“ sei, sich mit beiden Generationen der ortsansässigen Deutschen zu verstehen, da die ältere „in ‚Ressentiments‘ verstrickt sei“ und nicht vergessen könne, daß sie in Lettland „einst die führende Rolle gespielt“ habe, die jüngere hingegen „noch unter einer falsch verstandenen nationalsozialistischen Nar-

⁸³ Am 25. Januar 1936 wurde in mehreren deutschen Zeitungen ein Interview mit Neurath publiziert, in dem dieser das Verhältnis Deutschlands zu den baltischen Staaten skizzierte. Der deutsche Außenminister äußerte sich dahingehend, daß die Gesetze vom 31. Dezember die deutsch-lettischen Beziehungen spürbar belasteten. Seiner Meinung nach bleibe jetzt nur abzuwarten, ob diese Gesetze und ihre Umsetzung einen völligen Verzicht Lettlands auf die früher gegebenen Versprechungen, die Rechte der nationalen Minderheiten zu achten, bedeuten würden (s. PA AA, R 84389, S. 41).

⁸⁴ Solche Vorwürfe äußerten in Begegnungen mit Munters beispielsweise Außenminister Neurath (20. Juni 1936), der deutsche Gesandte Schack (9. März 1936), der Staatssekretär H. Mackensen (10. Oktober 1937) und andere deutsche Diplomaten (s. PA AA, R. 29973, E 631978; R 104627, S. 421231; R 102395, S. 2).

⁸⁵ PA AA, R 102395, S. 14.

kose stünde“.⁸⁶ Im Ergebnis der Gespräche kam Munters zu einem noch radikaleren Schluß und betonte, daß sich die Deutschbalten gegenüber Lettland illoyal verhielten und es deshalb nicht möglich sei, mit ihnen eine „Plattform der Zusammenarbeit“ zu schaffen. Zur Charakterisierung der Bestrebungen und der Stimmung unter den lettländischen Deutschen führte er aus: „Wir wissen, daß die führenden Kreise des Deutschtums auf Lettland und die Letten schauen, wir wissen, daß sie uns hassen und über die Grenze blicken, wir wissen, daß sie ihre Klagen auf allerlei Wegen ans Ausland richten, daß sie keine normalen Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland zulassen wollen, und daß sie auf einen deutschen Einmarsch in unser Land hoffen.“⁸⁷

Nach heutigem Kenntnisstand der Aktenlage kann allerdings abschließend einschränkend bemerkt werden, daß sich Munters' Charakterisierung eher auf die Mitglieder der Kroegerschen Gruppe als auf die gesamte „Volksgruppe“ bezog. Einzelnen deutschbaltischen Kreisen gelang es, ihre Loyalität gegenüber Lettland bis zum Schluß zu bewahren.

Aus dem Lettischen übersetzt von Sabine Jordan, Münster

⁸⁶ LVVA, F. 2574, Best. 4, A. 7679, S. 187.

⁸⁷ LVVA, F. 2574, Best. 4, A. 7679, S. 189.